

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Clara Herrmann (Bündnis 90/ Die Grünen)

vom 22. Juli 2010 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Juli 2010) und **Antwort**

Wird es 2011 in Berlin wieder eine U-18-Wahl geben?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die Notwendigkeit zu einer umfangreichen politischen Bildungsarbeit im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahl und der Wahl der Bezirksverordnetenversammlungen im Herbst 2011, insbesondere unter dem Aspekt, ErstwählerInnen auf die Ausübung ihrer demokratischen Rechte vorzubereiten?

Zu 1.: Eine umfangreiche politische Bildungsarbeit vor Wahlen wird vom Senat als sehr notwendig angesehen. Allerdings erstreckt sich die Notwendigkeit der politischen Bildungsarbeit nicht nur auf den direkten Zeitraum vor Wahlen sondern sollte insbesondere für junge Menschen kontinuierlich an schulischen und außerschulischen Lernorten erfolgen. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe stehen auch die Parteien in der Pflicht, da sie gemäß Artikel 21 (1) Grundgesetz der Bundesrepublik bei der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken und diese gerade bei Erstwählerinnen und Erstwählern ein zentrales Anliegen sein muss.

2. Welche Maßnahmen zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen unterstützt der Senat im Vorfeld von Wahlen und wer waren und sind bisher Partner dieser Bildungsprojekte?

Zu 2.: Zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gehört gemäß § 11 (3) 1 SGB VIII die außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung. Basierend auf dieser Rechtsgrundlage unterstützt die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung vielfältige Maßnahmen zur politischen Bildung in unterschiedlichen Bildungsinstitutionen. Politische Bildung soll nicht nur auf Wahlen vorbereiten, sondern junge Menschen allumfassend über demokratische Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten in der Gesellschaft informieren, ihr Politikverständnis und -interesse fördern, sie zur aktiven gesellschaftlichen Teilhabe und Verantwortungsübernahme ermuntern und damit zur Unterstützung

Unterstützung einer demokratischen Alltagskultur für Kinder und Jugendliche beitragen. Die Förderung der Jugendbildungsstätten, die Förderung der im Landesjugendring Berlin organisierten Jugendverbände und der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik des Sozialpädagogischen Instituts „Walter May“ als Landeskoordinierungsstelle der bezirklichen Partizipationsangebote für Kinder und Jugendliche (Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik) sind nur einige dieser Maßnahmen. Ein herausragendes Projekt zur Jugendbeteiligung aber auch zur außerschulischen Jugendbildung ist das im Rahmen des Berliner Jugendprogramms respectABel jährlich stattfindende Jugendforum im Abgeordnetenhaus.

Bereits 1996 entstand in Berlin-Mitte aus der offenen Jugendarbeit in einem Jugendklub das Projekt U-18 mit der Intention, eine anstehende Wahl zur politischen Bildung bei Kindern und Jugendlichen zu nutzen. Es entwickelte sich in den vergangenen Jahren weiter und expandierte kontinuierlich. Bislang wurde die Kampagne sechsmal, sowohl zu Bundestags- als auch zu Berliner Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordnetenwahlen durchgeführt. Das Projekt wurde und wird von einem Netzwerk verschiedener Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe getragen. Für die Bundestagswahl war das Netzwerk bundesweit zusammengesetzt. In Berlin sind folgende Träger im Netzwerk vertreten:

- Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf - Regiestelle Kinder- und Jugendparlament
- Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro Friedrichshain-Kreuzberg
- Bezirksamt Lichtenberg - Koordinierungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, Kinder- und Jugendbüro Marzahn-Hellersdorf
- Bezirksamt Mitte, Kinder- und Jugendbüro Mitte
- Bezirksamt Mitte - Jugendhilfeplanung
- Bezirksamt Neukölln - Kinderbüro Neukölln
- Bezirksamt Pankow
- Bezirksamt Reinickendorf - Abteilung Jugend und Familie

- Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg - Abteilung Familie, Jugend und Sport
- Bezirksamt Treptow-Köpenick - Jugendamt
- Kinder- und Jugendbüro Steglitz-Zehlendorf
- Bund Deutscher Pfadfinder/innen Koeltze Spandau
- Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik der Stiftung SPI
- Gangway e.V.
- Kinderring Berlin e.V.
- Landesjugendring Berlin e.V.
- Platzmanagement Alexanderplatz
- Verein zur Förderung politischer Bildung e.V..

Auch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sieht im Vorfeld von Wahlen ihren Schwerpunkt in der Information und Motivation zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen. Bezogen auf Kinder und Jugendliche führte sie beispielsweise - neben der Förderung des Projekts U-18 im Wahljahr 2006 - zahlreiche andere wirksame Aktivitäten mit verschiedenen Kooperationspartnern durch. Herauszuheben ist hier die Entwicklung eines berlinspezifischen Wahl-O-Mat in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Landesjugendring Berlin e.V.. In Kooperation mit der Politikfabrik e.V. warb die Landeszentrale im Jahr 2006 verstärkt an Schulen mit Plakaten, Musik und Diskussionsforen für die Ausübung des Wahlrechts ab 16 Jahren für die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung. Durch Zuwendungen der Landeszentrale an den Verein Kandidatenwatch e.V. wurde ein Onlinediskussionsforum eingerichtet.

Im Vorfeld der vergangenen Wahlen wurde vom Bildungsserver Berlin-Brandenburg am Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) und vom Berliner Jugendportal jugendnetz-berlin.de über die jeweiligen Wahlen regelmäßig informiert und es wurden umfangreiche Materialien bereitgestellt. Der Auftritt zu den Wahlen 2009 enthält u.a. Hinweise zu Wahl-O-Mat, Kinder- und Jugendwahl U-18, a) Internetportale und Links (darunter eine eigene Sparte „Politik - erklärt für Kinder“ mit mehreren Verweisen auf Links), b) Unter-

richtsmaterialien, c) Medien. Der Auftritt und die Webadresse werden zur kommenden Wahl im Herbst 2011 aktualisiert. Zusätzlich wurde durch das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin (LISUM) bereits im Jahr 2004 gemeinsam mit dem Deutschen Bundestag Unterrichtsmaterial entwickelt und den Schulen in Berlin zur Verfügung gestellt. Diese bei den Schulen recht erfolgreiche Publikation informiert über die Arbeit der Volksvertreter und den Stellenwert von Wahlen.

3. Wie bewertet der Senat die Erfolge des Projekts U-18 in Berlin und welchen Stellenwert zur Förderung der politischen Bildung der zukünftigen Wählergeneration wird ihm beigemessen?

Zu 3.: Der Senat schätzt die Entwicklung des Projekts U-18 in Berlin als sehr positiv ein und betrachtet es als einen wichtigen Beitrag, das Verhältnis und das Interesse junger Menschen an Politik zu verbessern und einer möglichen Distanzierung gegenüber Politik entgegenzuwirken.

4. Wie wurde das Projekt U-18 in den Jahren seit 2005 finanziert und welche monetäre und nicht monetäre Förderung hat das Land Berlin aus welchen Mitteln (bitte um Angabe der genauen Summen, Kapitel und Titel) bereitgestellt, - bitte nach Jahren auflgliedern und die Mittel der Zuwendungsgeber ausweisen?

Zu 4.: Die Finanzierung des Projekts basiert auf einer Mischfinanzierung. Das Netzwerk selbst hat mit seinem ehrenamtlichen Engagement und auf der Grundlage bestehender Förderungen und Zuwendungen maßgeblich zum Projekterfolg beigetragen. Gangway e.V. hat für die Arbeit des Netzwerkes für die Durchführung des Projektes auf Landes- und Bundesebene zur Bundestagswahl im Jahr 2005 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Mittel in Höhe von 60.000 Euro erhalten. Das Land Berlin hat darüber hinaus für das Projekt U-18 folgende Mittel bereitgestellt:

Jahr	Träger	Summe
2006	Gangway e.V.	6.000 EUR für Jugendwettbewerbe 3.000 EUR für Öffentlichkeitsarbeit 6.000 EUR für Workshops 16.000 EUR für Honorare
2009	Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Aktionsprogramm respectABel	1.600 EUR für Honorare 18.388 EUR für Projekte

Zusätzlich wurden in den Jahren 2006 und 2009 Mittel durch die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlins in Höhe von 5.000 Euro bzw. 10.000 Euro bereitgestellt. Das Netzwerk hat über den Landesjugendring zur Unterstützung des Projektes in 2006 und 2009 Mittel im fünfstelligen Bereich aus der Lotterie der Sparkasse, PS Sparen und Gewinnen, beantragt und diese Mittel nach positiver Votierung durch die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung erhalten. Dazu kamen

Förderungen von anderen Einrichtungen, wie z.B. der Kreuzberger Kinderstiftung.

Die nicht monetäre Förderung bestand primär aus der aktiven Unterstützung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirke, der beteiligten Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, der Schulen und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie durch sächliche Unterstützung (wie z.B. Bereitstellung von Räumlichkeiten).

5. Welche Organisationsstrukturen lagen den U-18 Wahlen seit 2005 zugrunde (bitte jeweils nach Wahljahr getrennt aufzeigen)?

Zu 5.: Maßgeblich für die U-18 Wahlen ist die jeweilige Wahlordnung, wie sie vom Netzwerk (siehe Antwort zu Frage 2) beschlossen und allen Beteiligten zur Verfügung gestellt wird.

6. Ist ein Projekt wie U-18 auch für das Jahr 2011 geplant? Wenn ja, wer sind die Kooperationspartner, wer hat die Verantwortung für die Organisation und wie soll das Projekt finanziert werden (bitte um Angaben der genauen Summen, Kapitel und Titel)? Wenn nein, warum nicht?

Zu 6.: Die Abteilung Jugend und Familie der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist im Januar 2010 von Vertreterinnen und Vertretern des Berliner Netzwerks informiert worden, dass ein Projekt U-18 zu den Berliner Abgeordnetenhauswahlen auch für 2011 geplant ist. Es liegt der Verwaltung jedoch bislang weder eine Organisationsplanung mit Verantwortlichkeiten, noch ein detaillierter Finanzierungsplan durch das Netzwerk vor.

7. Welche genaue Organisationsstruktur der U-18 Wahlen 2011 werden a) von den Akteuren gewünscht und b) vom Senat zugesichert und ausfinanziert?

Zu 7.: Wie die U-18 Wahlen organisatorisch konkret geplant werden, ist der Verwaltung noch nicht bekannt, da es bislang keinen konkreten Vorschlag mit einem Finanzierungsplan gibt. Basierend auf den Erfahrungen von 2006 und 2009, in dem es jeweils eine zentrale Geschäfts- bzw. Koordinierungsstelle für das U-18 Projekt gab, ist bekannt, dass sich das Netzwerk für das gesamte Projekt wieder eine zentrale Stelle wünscht.

8. Welche Schritte wurden in den Vorjahren in welchem zeitlichen Rahmen unternommen, um das Projekt U-18 bekannt zu machen und Menschen unter 18 Jahren zur Beteiligung zu motivieren?

9. Welche Maßnahmen hat der Senat in den letzten Jahren unternommen, um insbesondere die Schulen über die U-18 Wahlen zu informieren und zu motivieren bzw. darin zu unterstützen, U-18 Wahlen an den Schulen durchzuführen?

Zu 8. und 9.: Im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat das Netzwerk U-18 eine integrierte und abgestimmte Kommunikationskampagne entwickelt, die passgenau die jeweilige Zielgruppe angesprochen hat. Hierbei wurde es von der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützt, so z.B. in Form von Pressemitteilungen, dem Newsletter der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, der Internetplattform von respectABel - Aktion Berlin und in den Medien der Landeszentrale. Die Schulen wurden sowohl vor den Wahlen 2006 als auch 2009 durch ein An-

schreiben der Verwaltung über das Projekt U-18 informiert und zur Teilnahme ermuntert. Darüber hinaus haben 2006 die Schulleitungen auf einer Sitzung spezielle Informationen zur U-18 Wahl, zur Erstwähler/innenkampagne für die Bezirksverordnetenwahlen und den Workshops für jugendliche Multiplikatoren erhalten.

10. Welche Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit wären erforderlich, wenn Jugendlichen auch auf Landesebene bereits bei der nächsten Wahl mit 16 Jahren ihre Stimme abgeben dürften, um die betroffenen neuen Jahrgänge entsprechend vorzubereiten?

Zu 10.: Für diesen Fall wäre zu prüfen, ob die bisherigen Aktivitäten und Ausrichtungen des U-18-Projekts sowie der 2006 und 2009 durchgeführten zusätzlichen unter 2. dargestellten Maßnahmen des Senats und verschiedenster Institutionen ggf. inhaltlich und quantitativ erweitert werden müssten.

Berlin, den 09. August 2010

In Vertretung

Claudia Zinke
Senatsverwaltung für Bildung,
Wissenschaft und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. August 2010)